

Waitz: Ukrainischer Hühnerfleischkonzern MHP bekommt kein Geld von EBRD

Utl.: Grüner Druck und öffentliche Berichterstattung haben Wirkung
gezeigt =

Wien (OTS) -

„Ich bin erleichtert und erfreut, dass der Aufsichtsrat der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) sich unseren Informationen nach gegen eine Finanzierung des ukrainischen Geflügelfleischgiganten MHP entschieden hat. Meine Reise in die Ukraine, die öffentliche Berichterstattung und der Offene Brief von 16 EU-Abgeordneten der Grünen/EFA-Fraktion an die EBRD sowie die DirektorInnen der EU-Mitgliedsstaaten haben offensichtlich Wirkung gezeigt. Das sind gute Nachrichten für die GeflügelproduzentInnen in der EU und auch die Bürgerinnen und Bürger“, so Thomas Waitz, EU-Abgeordneter der Grünen und Biobauer.

Heute, am 22. Mai 2019, sollte das EBRD-Board über eine Kapitalvergabe in der Höhe von 100 Mio. Euro an das ukrainische Unternehmen MHP entscheiden. Dieses Kapital sollte dazu dienen, die Übernahme des slowenischen Unternehmens Perutnina Ptuj seitens MHP nachträglich zu finanzieren. Als Projektziel hatte die EBRD genannt, „die Strategie der MHP-Gruppe zu unterstützen, ihre Geschäftstätigkeit in die EU und andere Staaten auszudehnen, um ein multinationaler Produzent zu werden“.

Thomas Waitz hatte im März und April in Zusammenarbeit mit der Organisation Shifting Values aufgedeckt, dass der ukrainische Geflügelkonzern viele Tonnen an Geflügelfleisch unter Umgehung der im Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine festgelegten Quoten in die EU importierte. Kurz vor Ostern war Waitz dann auch auf fact finding mission in der Ukraine und konnte sich ein Bild davon machen, dass die Massenproduktionsstätten von MHP katastrophale ökologische und soziale Auswirkungen nach sich ziehen. In einem Offenen Brief an die Direktoren der EBRD und an die DirektorInnen der EU-Mitgliedsstaaten – unter anderem an den neuen Vizekanzler und Finanzminister Löger – forderte Thomas Waitz gemeinsam mit 15 FraktionskollegInnen der Greens/EFA, dass die EBRD das Projekt storniere und eine Finanzierung des Großkonzerns ablehne.

„Es ist ein guter erster Schritt, dass die EBRD heute anscheinend entschieden hat, öffentliches Geld nicht dazu zu verwenden, eine Monopolstellung eines Konzerns zu fördern - noch dazu, wenn dieser Konzern verdächtigt wird, Tierschutzstandards, ökologische und soziale Standards nicht einzuhalten und mit fragwürdigen Methoden zu arbeiten. Allerdings steht dieses Projekt nur stellvertretend für viele andere Finanzierungen. Wir Grünen fordern daher, dass die EBRD als internationale Entwicklungsbank die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft und der KonsumentInnen in den Vordergrund stellt, anstatt Expansions- und Konzentrationsbestrebungen von großen Konzernen zu unterstützen“, so Waitz.

~

Rückfragehinweis:

Die Grünen
DIin Irmi Salzer
Referentin für Agrarpolitik
+43 699 11827634
irmi.salzer@gruene.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/14446/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0166 2019-05-22/15:54

221554 Mai 19

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190522_OTS0166